

# Bürgerbrief

**Nr.45/2011**

20.Mai 2011

**Das soziale  
Deutschland. SPD**

## Neuwahlen im SPD Ortsverein



Am 28.01.2011 wurde der SPD Ortsvereinsvorstand für die nächsten beiden Jahre gewählt. Wie die Ortsvorsitzende Franziska Gruber-Schmid mitteilte, soll in dieser Zeit der Generationswechsel eingeleitet werden. Aus diesem Grund wurde Michael Forster als weiterer stellvertretender Vorsitzender gewählt. Neu im Team ist Peter Schmid, der dem Vorstand künftig als Schriftführer und Internetbeauftragter angehört.

Weitere Vorstandsmitglieder sind: Sebastian Hutzenthaler, stv. Vorsitzender, Roswitha Kellermann, Kassiererin, Max Wittmann und Dieter Fürle, Orgaleiter, Dagmar Hamann, Albert Langgartner und Christian Ruppik, Beisitzer.(gs)

## Neu im Marktgemeinderat



### Maximilian Wittmann

\* 12.10.1958 Ergoldsbach  
Selbständiger Fliesenlegermeister

Erlenstrasse 2,  
84061 Ergoldsbach-Jellenkofen

Ehrenamtliche Tätigkeit beim BRK Ortsverband Ergoldsbach, FFW Prinkofen und KSK  
Mitglied im Bauausschuß  
Stv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuß  
Abwasserzweckverband und Verwaltungsrat  
Kommunalunternehmen Energo (gs)

## Verabschiedung von Albert Langgartner aus dem Marktgemeinderat. Wechsel im Amt des Fraktionsprechers

Der bisher dienstälteste Marktgemeinderat und Fraktionsprecher unserer Partei hat aus beruflichen Gründen zum 1.Dezember 2010 sein Gemeinderatsmandat niedergelegt. Sein Arbeitgeber BMW hat ihn nach China abgeordnet. Auch wenn er seinen Wohnsitz nicht dauerhaft an das "andere Ende der Welt" verlegen mußte, so war es ihm unter den gegebenen Umständen nicht möglich, berufliche Anforderungen und politisches Ehrenamt miteinander zu verbinden.

Albert Langgartner wurde zum 1.Mai 1996 mit erst 36 Jahren zum Marktgemeinderat gewählt. Jeweils 2002 und 2008 haben die Bürgerinnen und Bürger ihm erneut das Vertrauen ausgesprochen! Aufgrund seines fundierten Fachwissens, seiner ruhigen und überlegten Art und seines stets freundlichen Auftretens gewann er schnell die Sympathie der Marktgemeinderatsmitglieder über die Parteigrenzen hinaus. 2.Bürgermeister Sebastian Hutzenthaler dankte dem scheidenden Kollegen auch namens der SPD Fraktion und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, Albert Langgartner werde eines Tages in das Gemium zurückkehren.

Neue Fraktionsprecherin ist Franziska Gruber-Schmid. Stellvertretender Fraktionsprecher ist nunmehr Sebastian Hutzenthaler. Dieser vertritt die Fraktion künftig auch im Finanzausschuß. Franziska Gruber-Schmid wurde zum Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuß bestellt. (Gs)



# Betreutes Wohnen kommt



Am 21. Dezember 2010 hat der Marktgemeinderat mit den Stimmen der SPD, ÖdP und Freien Wählern gegen die Stimmen der CSU-Fraktion dem Bau einer Wohnanlage "Betreutes Wohnen" neben dem BRK Seniorenheim zugestimmt.

Damit wurde die jahrelange Debatte um die Zufahrt über die Stichstraße der Nußbaumstraße beendet. Wir erinnern uns: Bereits in der abgelaufenen

## Mindestlohn ist sozial!

Vernichtet ein flächendeckender Mindestlohn oder eine Lohnuntergrenze massenweise Arbeitsplätze, wie Unternehmer dies gebetsmühlenhaft darstellen oder ist es gar so wie es in einer Kolumne der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ hieß: „Der Teufel hat sich den Mindestlohn ausgedacht“?

Oder ist es vielleicht doch so, dass sich einige wenige Unternehmer und Arbeitgeber selbst eine „goldene Nase“ mit den Hungerlöhnen ihrer Beschäftigten verdienen und damit auch noch den Staat ausbeuten?

Und könnte die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen nicht die Abkehr von der immer mehr um sich greifenden Realität „Arm trotz Arbeit“ bedeuten?

Tatsache ist, in 20 von 27 Mitgliedstaaten der EU ist ein flächendeckender Mindestlohn gesetzlich eingeführt. So zahlen die Arbeitgeber in unseren Nachbarländern Belgien, Frankreich und den Niederlanden ihren Beschäftigten über 8 Euro die Stunde. In Frankreich seit dem 01. Januar 2011 sogar 9 Euro die Stunde.

Tatsache ist auch, dass der deutsche Staat (also die Steuerzahler) jährlich ca. 11 Milliarden Euro !!! für die Aufstockung von Löhnen und Gehältern ausgeben muss, die nicht zum Leben reichen.

**Billiglöhne werden von dieser Regierung also nicht bekämpft, sondern staatlich geschützt und subventioniert!**

Amtsperiode des Marktgemeinderates lag ein entsprechender Bauantrag eines Investors vor.

Dieser scheiterte an besagter Zufahrt. Die SPD-Fraktion hatte bereits seinerzeit dem Vorhaben zugestimmt, weil nicht einzusehen war, warum die Erschließung des Grundstückes über die Nußbaumstraße für die Anwohner nicht zumutbar sei.

Eine Zufahrt über das Gelände des BRK-Seniorenwohnheimes hielt die SPD-Fraktion schon damals für weitaus gravierender, da es hier nicht zu einer Belästigung, sondern auch zu einer konkreten Gefährdung der Bewohner und Besucher des Altenheimes gekommen wäre.

Dies hat nun letztlich auch zu einem "Sinneswandel" (so Fraktionssprecher Alfons Gmelch) bei den Freien Wählern geführt. Erfreulich ist schließlich auch, daß mit der Verwirklichung des Projektes keine Kosten auf den Markt zukommen. (gs)

Und das, obwohl sich nach einer Umfrage 76 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dafür aussprechen, dass die Bundesregierung sofort einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn einführt. In derselben Umfrage halten 66 Prozent der Befragten der Bundesregierung vor, sie schütze den deutschen Arbeitsmarkt nicht ausreichend vor drohendem Lohndumping.

Nach einer Untersuchung des Schweizer Forschungsunternehmens Prognos würden durch eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro/Stunde für fünf Millionen Arbeitnehmer die Arbeitseinkommen steigen. Entsprechend zahlen sie dann jeweils knapp 2,7 Milliarden mehr an Steuern und Sozialbeiträgen. Gleichzeitig würde ihr Bedarf an Unterstützung etwa durch Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld um 1,7 Milliarden Euro sinken.

Aber auch die seit 1. Mai geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Arbeitnehmer aus den 8 EU-Staaten Slowenien, Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Lettland, Litauen und Estland braucht Regeln.

Diese Freizügigkeit und Freiheit bedeutet z.B. konkret, dass Arbeitnehmer aus diesen Ländern keine Arbeitserlaubnis mehr brauchen. Sie gelangen also einfacher auf den deutschen Arbeitsmarkt.

Wegen der noch immer sehr hohen Lohnunterschiede zwischen Deutschland und diesen Ländern droht dadurch ohne gesetzliche, flächendeckende Mindestlöhne eine Verschärfung des Lohndumpings. (mk)



## Impulse für die künftige Politik im Marktgemeinderat

**Am 14. April hat der Marktgemeinderat einstimmig den Haushalt 2011 verabschiedet. Nachfolgend Auszüge aus der Haushaltsrede der SPD Fraktionsvorsitzenden Franziska Gruber-Schmid.**

Der Haushalt ist solide aufgestellt und gibt wenig Spielraum für Investitionen, die nicht ohnehin zwangsläufig getätigt werden müssen.

Die steigende Kreisumlage und die sinkenden Schlüsselzuweisungen führen dazu, daß weniger Geld zur Verfügung steht als in den Vorjahren. Es ist allerdings zu hoffen, dass die Einnahmen im Bereich der Gewerbesteuer den vorsichtigen Haushaltsansatz angesichts der guten Konjunktur übersteigen werden.

Die Entscheidung, kleinere Grundstückspartellen anzubieten, hat sich als richtig herausgestellt. Der erste Teilabschnitt des Baugebietes Kapellenberg ist unerwartet schnell verkauft worden. Wir sollen auch bei der Parzellierung des nächsten Bauabschnittes diesen Gesichtspunkt berücksichtigen.

Es ist erfreulich, daß aus dem neugegründeten Kommunalunternehmen Energo bereits nach so kurzer Zeit Einnahmen in den Gemeindehaushalt einfließen. Auch wenn wir uns gewünscht hätten, daß der Weg von der Buchmeiersiedlung zu Schule und den Sportanlagen verwirklicht wird, stimmen wir der Auflösung der im Haushalt vorgesehenen Haushaltsreste zu. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, daß einem Bau derzeit zu viele unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen.

Wir haben in den letzten Jahren viele Projekte in Angriff genommen, die sich auf die wirtschaftliche Situation des Marktes auswirken, aber auch die Attraktivität Ergoldsbachs steigern.

Es sind dies insbesondere der Neu- und Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Neubau der Kläranlage in Neufahrn. 2011 wird der Markt den Neubau einer Tennishalle mit einem nicht unerheblichen Betrag bezuschussen. Auch dies steigert die Lebensqualität in unserem Markt und wir stehen als SPD-Fraktion voll und ganz hinter dem Projekt. Es ist richtig, daß Jugendförderung nicht auf das gemeindliche Jugendzentrum beschränkt bleibt. Die Sportvereine leisten hervorragende Jugendarbeit und müssen dabei nach Kräften unterstützt werden.

Aber wie steht es mit der Förderung von Kunst, Musik und Kultur? Die Zuschüsse an die Volkshochschule, die Musikschule Summer, und dem Partnerschaftsverein nehmen sich gegenüber den Beträgen, die die Sportvereine erhalten, sehr bescheiden aus. Hier könnten künftig Verbesserungen vorgenommen werden.

Mit nicht sehr grossem Aufwand könnten auch Ergoldsbacher Kulturtage durchgeführt werden, vielleicht auch zusammen mit den Nachbargemeinden Neufahrn und Bayerbach. Wir meinen auch, daß die Attraktivität der Goldbachhalle als Konzert und Aufführungsort steigen wird, wenn zu diesen Anlässen ein Teppichbelag auf den Hallenboden gelegt wird. Das wäre, ähnlich wie die Anschaffung der Fußballbande eine einmalige Investition, die zukünftig Nutzen bringt.

Eine Maßnahme, die wenig oder gar kein Geld kostet, wäre die Erstellung eines Plans aller Rad- und Wanderwege im Marktgebiet und evt. die entsprechende Beschilderung.

Aber lassen Sie mich dennoch ein Projekt aufgreifen, das vor Jahren bereits im Marktgemeinderat diskutiert wurde.

Wir sollten uns überlegen, ob wir nicht einen neuen Aussegnungsraum für unseren Friedhof brauchen. Wir sollten, sobald die Mittel wieder reichlicher zur Verfügung stehen, anfangen, Mittel in den Haushalt einzustellen und allmählich einen Teil der Kosten anzusparen. Das Grundstück auf dem Friedhof ist vorhanden und jeder, der einmal im Winter bei Schnee und Eis oder im Sommer in praller Sonne vor dem Leichenhaus an der Aussegnung teilgenommen hat, weiß, daß diese Einrichtung keine Luxusmaßnahme ist. Wir denken aber auch an die wachsende Gruppe der Mitbürger, die keiner Kirche angehören und in dem Aussegnungsraum eine würdige Trauerfeier gestalten können. (gs)

## Bayerische Schulpolitik - Mittelschulen sind keine Lösung!

Die bayerische Staatsregierung setzt weiter auf das dreigliedrige Schulsystem, mit Übertrittsentscheidung nach der 4. Jahrgangsstufe. Minister Spaenle glaubt gar, er müsse die Vorteile dieses Systems nur offensiver nach außen vertreten. Er bemerkt wohl gar nicht, wie ihm sein System unter der Hand weg bricht:

Seit der Einführung der sechsstufigen Realschule und wegen der immer wieder gelockerten Übertrittsbedingungen in Realschule und Gymnasium sind etwa ein Drittel der Hauptschulstandorte in Bayern verloren gegangen. Das neueste „Zaubermittel“ von Spaenle gegen das Hauptschulsterben ist das Konzept der Mittelschule. Nur ist das leider ein billiger Zauberkrieg, mit dem das Problem auf die Kommunen abgewälzt werden soll.

In sogenannten Mittelschulverbänden sollen künftig alle Hauptschulen eines Verbundes zu Mittelschulen werden (angeblich, um das schlechte Image der Hauptschulen abzustreifen) und auch kleine Standorte erhalten bleiben, laut Minister, „bis der letzte Schüler die Schule verlassen hat.“

Im Landkreis Landshut liefen nicht alle gleich mit Hurrageschrei den neuen Plänen hinterher: Bisher gibt es nur im südlichen Landkreis einen Schulverbund. Die Standorte Altdorf, Ergolding, Essenbach und Niederaichbach wollen vorerst keinen gemeinsamen Schulverbund gründen, wohl weil niemand einen Vorteil sieht.

Einen Vorteil sehen natürlich Gemeinden, deren Hauptschulen gefährdet sind, so der Fall in Furth und Bruckberg. Deshalb musste nun eilig der Schulverbund Nord gegründet werden, um diesen Schulen einen „Rettungsschirm“ einzurichten.

Der Schulverband Ergoldsbach, Neufahrn und Bayerbach wäre in diesem Verbund der größte Partner gewesen. Deshalb sollte erreicht werden, dass an der Hauptschule Ergoldsbach jedes zweite Jahr im Wechsel mit Rottenburg ein M-Zug startet. Ein einstimmiger Beschluss des Marktgemeinderats Ergoldsbach wurde so gefasst. Darauf konnte oder wollte Pfeffenhausen sich nicht einlassen und so wird der Nordverbund nun ohne Ergoldsbach gegründet. Für unsere Hauptschule bedeutet das keinen Nachteil: Der neue Name Mittelschule wäre ohnehin inhaltslos geblieben, weil für das nächste Schuljahr nicht genügend Schüler für eine M7 zur Verfügung stünden und gefährdet ist unser Standort auch ohne Verbund nicht.

Die Bayerische Staatsregierung hat theoretisch recht, wenn sie immer wieder betont, dass auch über den Weg der Hauptschule weiterhin jeder Bildungsabschluss möglich ist. Die Eltern wollen aber mehrheitlich den direkten Weg über Realschule und Gymnasium und dieser Trend bleibt ungebrochen oder verstärkt sich.

In der Folge schließen wir bei Beibehaltung des Schulsystems weitere Hauptschulen, bauen weiter neue Realschulen und Gymnasien und fahren immer mehr Schüler, zukünftig auch immer mehr Haupt- und Mittelschüler zu entfernt gelegenen Schulstandorten. Aus diesem Dilemma gibt es wohl für die CSU keinen Ausweg, weil Schulsysteme, in denen die Kinder länger gemeinsam am Wohnort zur Schule gehen, wie z.B. in Südtirol oder in Finnland „sozialistisches Teufelswerk“ sind, in denen nicht, wie in Bayern, bereits in der vierten Klasse erkannt wird, ob das Kind eher praktisch begabt ist, oder eben anderweitig hochintelligent ist.

Wenn es für die CSU keinen Ausweg gibt, der Wähler hat einen Ausweg: Abwählen.(sh)

## Die BayernSPD wirbt für das Konzept der Gemeinschaftsschule!

Seit 11.Mai 2011 werben die bayerischen Sozialdemokraten in einer landesweiten Kampagne unter der Federführung des Arbeitskreises Bildung der Landtagsfraktion **für das Konzept einer Gemeinschaftsschule** als 4.Regelschule neben Haupt-/Mittelschule, Realschule und Gymnasium.Das Konzept wird ausführlich beschrieben unter der Internet-Adresse:

<http://www.gemeinschaftsschule-bayern.de>

Die **Gemeinschaftsschule** soll von den Kommunen als Schulangebot mit allen staatlichen Förder-möglichkeiten aufgebaut werden dürfen, um nicht nur angehenden Haupt-, sondern auch Real- und Gymnasiumskindern in einer **gemeinsamen wohnortnahen Schule eine Heimat** zu geben.

Die **Gemeinschaftsschule** ist eine **ganztägige Vollzeit-Schule**, die von dem 5.-10.Klassenjahrgang die Kinder und Jugendlichen in einer „lokal begrenzten Schuleinheit“ zusammenhält. Unterrichtet wird zum Teil jahrgangsübergreifend und mit neuen pädagogischen Ansätzen, die die Einlehrersituation mit der Tafel im Rücken zur Ausnahme werden lässt.

So wie in der neuen Gymnasialregelschule G8 immer mehr **projektorientiert die Klassen** zusammengestellt werden, soll auch bei einer Gemeinschaftsschule eine LehrerIn und eine Ko-LehrerIn im Duo die Lehrmodule leiten und durchführen. Die Gemeinschaftsschule soll **multimedial fortschrittlich und mit Sozialpädagogen abgesichert** auf den Weg gebracht werden. In anderen Bundesländern gibt es solche Neuanfänge, die der Gemeinschaftsschule entsprechen, in Bayern wird sie als DDR-Steinzeit-Pädagogik an den Pranger gestellt

Die Idee der Gemeinschaftsschule ist eigentlich entstanden aus der Erkenntnis, dass Kinder, die wohnferne Realschulen oder Gymnasien besuchen, gerade auf dem Land einen grossen Teil ihrer freien Zeit in Schulbussen verbringen.

In Bayern gibt es derzeit 2 Modellversuche in Kipfenberg und Denkendorf.(ps)



## Halbzeitbilanz recht positiv

Zur Halbzeit der Wahlperiode geht der Blick gleichermaßen zurück, aber auch nach vorne. Der Rückblick fällt insgesamt recht positiv aus. Im Marktgemeinderat ist nach anfänglicher Unruhe eine sachliche Arbeitsatmosphäre eingeleitet: viele Abstimmungen verliefen sehr einvernehmlich, oft auch einstimmig. Sogar der letzte Haushalt erhielt die Stimmen aller Fraktionen, das ist nicht gerade selbstverständlich. Dennoch ist es keine „politische Kuschelstube“, manchmal wird hart, aber fair und auch lange diskutiert und schlussendlich auch meinungsverschieden abgestimmt, teilweise auch innerhalb der Fraktionen. Die SPD-Fraktion versucht dabei stets, rein nach sachlicher Überzeugung abzustimmen. Dabei fielen viele Abstimmungen für uns erfreulich aus, einige wenige entsprachen nicht unserer Überzeugung.

Über folgende Entscheidungen sind wir nicht erfreut:

-wir hätten dafür plädiert, die Kosten der neuen Kläranlage über eine erhöhte Abwassergebühr umzulegen, und nicht über Beiträge, die demnächst fällig werden. Nach unserer Überzeugung hätte damit der, der viel Abwasser einleitet, mehr bezahlt, wer mit der Ressource Wasser sparsam umgeht, hätte weniger bezahlt. In der Abstimmung kam es zum Kompromiss: Die Hälfte der Kosten über Abwassergebühren, die Hälfte über Erhebungsbeiträge.

-der Fußweg von der Buchmeiersiedlung zum Schul- und Sportgelände in der Badstraße ist zumindest vorerst gescheitert. Die Hintergründe sind unüberwindbare Schwierigkeiten im Grundstückserwerb, die wohl auch Bürgermeister Robold nicht lösen konnte.

-Von einer vernünftigen Reform, die unserer Hauptschule nutzen würde, sind wir weit entfernt. Die Gründe dafür liegen aber nicht in der Kompetenz des Marktgemeinderats. (siehe eigenen Bericht)

-Eine unserer Forderungen war die Suche und Anstellung eines sog. Gemeindebaumeisters. Mit dieser Forderung konnten wir uns in keinsten Weise durchsetzen. Selbstverständlich erkennen wir aber die gute Arbeit unserer Bauverwaltung und des Bauhofs an, auch wenn damit nicht alle Argumente für

einen Bauingenieur als „Baufachmann“ wegfallen.

Über folgende Entscheidungen freuen wir uns:

+ Gründung des Kommunalunternehmens „Energio“ als ersten Schritt, die Energieversorgung gemeindlicher Gebäude wie Schule, Goldbachhalle und Dominik-Brunner Haus auf regenerative Energieversorgung umzustellen.

+ Betreutes Wohnen (siehe eigener Bericht)

+ Mit der Fertigstellung des Dominik-Brunner Hauses mit Schülerhort und Kinderkrippe, sowie dem Anbau des Kindergartens ist Ergoldsbach im Bereich Kinder- und Jugendförderung für die Zukunft gerüstet und für Familien ein attraktiver Wohnort.

+ Dorferneuerung Kläham: Es geht voran, wenn auch nicht immer schnell genug. Vor allem die Fertigstellung des neu gestalteten Kirchenplatzes macht Kläham wirklich schöner.

+ Bezuschussung zusätzlicher Wasserzähler zur Messung des aus Zisternen eingeleiteten Wassers: Auf Antrag der SPD können Besitzer einer Regenzisterne zum Einbau eines zusätzlichen Wasserzählers eine Förderung von 150€ von der Gemeinde erhalten. Sie entgehen damit einer sehr hoch angesetzten Pauschalabrechnung beim Abwasser und müssen nur das tatsächlich eingeleitete Wasser bezahlen.

+ Die zusätzliche Auffahrt zur B15 neu zwischen Ergoldsbach und Neufahrn ist bereits in der Planungsphase. Wir sind froh, dass alle beteiligten Personen und Parteien die Notwendigkeit erkannt und eingesehen haben und freuen uns darüber, daß ganze Vorhaben genehmigt wurde. Wir sehen in dieser Auffahrt eine Steigerung für die Attraktivität unseres Gewerbegebiets. (sh)



Quelle: B 15 neu-Baustelle bei Neufahrn/Niederbayern - Foto: Klaus Leidorf, aus:

<http://www.landshut.bund-naturschutz.de/index.php?id=454>

## Bernhard Ruppik: Meine Meinung



### Immer weniger Arbeitslose?

Seit Ursula von der Leyen Arbeitsministerin ist, sinkt die Arbeitslosigkeit „rapide“!? Warum sind wir dann immer noch (aktuell April 2011) bei über 3.078000 Arbeitslosen?

Herr Brüderle behauptet schon seit Monaten, durch seinen Arbeitseinsatz bei den Unternehmern sind wir schon weit unter 3 Mio. Arbeitslosen.

Angeblich sind Arbeitsplätze zu Hauf unbesetzt. <http://statistik.arbeitsagentur.de> Warum wird dann die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung, für diese 3 Mio. Arbeitslosen, fast auf null zusammengestrichen? Gleichzeitig wird aber intensiv nach ausländischen „Facharbeitern“ Ausschau gehalten.

### Abschaltung Isar 1 und anderer AKW's

Wer kümmert sich eigentlich aktuell um die betroffenen, von Kündigung bedrohten Mitarbeiter von Isar 1 und anderen abgeschalteten Kernkraftwerken? Herr Söder? Nach der rot-grünen Ausstiegsregelung im Jahr 2000 wussten alle Betroffene frühzeitig was auf sie zukommt und sie hatten genügend Zeit sich neu zu orientieren. Jetzt stehen sie vor einer ungewissen Zukunft.

### Warum brauchen wir eigentlich mehr Arbeitskräfte, als unser Land zur Verfügung stellen kann?

Müssen wir unser Land wieder neu aufbauen, wie nach dem letzten Krieg? Oder ist das Thema mehr Wachstum, Wachstum, Wachstum (natürlich auf Kosten anderer Europäischer Länder)! Viele haben scheinbar immer noch nicht begriffen, dass man Geld nicht essen kann. Vielleicht will der Staat schnellstens mehr Steuereinnahmen generieren, um weitere

skrupellose Banker zu unterstützen.

### Soll die SPD Sarrazin aus der Partei ausschließen?

Ich finde, die SPD ist eine große Volkspartei in der ein breites Spektrum von Meinungen Platz haben muss. Das nennt man Toleranz. Eine demokratische Partei muss das aushalten.

### Preise für Benzin und Diesel steigen ins Unermessliche.

Jeder Bürger, der regelmäßig auf Treibstoff angewiesen ist, beobachtet die Preisgestaltung mit Verwunderung und Ärger. Wie kann ein Preis um 10 ct. innerhalb von einer Stunde steigen und meist Montag früh wieder um Gleiche niedriger liegen?

Herr Brüderle meldet sich immer wieder mal lautstark. Aber nur wenn die Medien dieses Thema aufgreifen. Dann wird mit starken Worten den Herstellern gedroht, mit Kartellamt, Tod und Teufel. Aber es passiert nichts.

**Mein Buchtip:** „Empört Euch“ von Stephane Hessel (ca. 3,99€) (br)

## Bruno Mieslinger: Mein Wunsch



**Die Öffnungszeiten des Ergoldsbacher Wertstoffhofes sollten um einen Termin am Montag abend erweitert werden:** Grüngut, das man nicht mehr bis Samstag mittag 12 Uhr entsorgen konnte, gehört spätestens am Montag abend entsorgt. Dass dies möglich sein sollte, zeigen die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes Mallersdorf - Pfaffenberg. Ausserdem sollten Grüngut-Container bodennah abgesenkt werden, um ältere MitbürgerInnen beim Entladen zu „entlasten“. (bm).

## Bericht aus dem Kreistag von SPD Kreisrat Peter Barteit:

### Debatte über Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke wurde verweigert.

Bei der ersten Sitzung nach der Sommerpause am 27. September 2010 öffnete die Fraktion der CSU/Junge Liste/FDP sowie Landrat Eppeneder gleich einmal die unterste Schublade der politischen Kultur. Statt möglicherweise unterschiedliche Auffassungen in der Energiepolitik sachlich und fair auszutragen und darüber abzustimmen, verweigerte sich die gemischte Fraktion dem Antrag auf Erlass einer Resolution gegen die Laufzeitverlängerung, den vier Kreistagsfraktionen gestellt hatten. Die Begründung des Geschäftsordnungsantrages, der Landkreis Landshut sei für die Atomkraftwerke nicht zuständig, ist jämmerlich. Erst in der letzten Sitzung vor den Ferien diskutierte der Kreistag auf Antrag der Freien Wähler und unter aktiver Mitwirkung des Landrates voll Inbrunst über die B 15 neu. Auch dazu kann man unterschiedliche Meinungen haben. Nur eines ist unbestritten: Auch die B 15 neu geht als Bundesfernstraße den Landkreis Landshut als kommunale Körperschaft rein rechtlich nicht das Geringste an.

***In der Sitzung vom 19. April 2011, also nach dem Reaktorunglück in Japan erlebte der Kreistag dann eine Mammutsitzung zum Thema:***

### Kernkraftwerke Isar 1 und Isar 2 und deren Abschaltung.

Jetzt durften wir plötzlich diskutieren; noch im September vorigen Jahres wurde uns das durch Mehrheitsbeschluss verwehrt. Aber da waren ja auch die Atommeiler am pazifischen Feuerring noch nicht explodiert. Grundlage der Beratung war formal ein erneuerter Antrag der Fraktion der Freien Wähler, der jedoch mit dem der SPD vom letzten Herbst identisch ist.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Göbl blendete in seinem bemerkenswerten Beitrag auf die Diskussion vor einem halben Jahr zurück und sagte .

*"CSU-Minister Markus Söder wollte selbst Uralt-Meiler wie Isar 1 zehn Jahre länger laufen lassen. Und Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil von der FDP sprach sich gar für unbegrenzte Laufzeiten aus. ... Die Bevölkerung ist längst weiter als so manche atompolitische Geisterfahrer. Die überwältigende Mehrheit der Menschen will raus aus der Kernenergie. Und dies aus guten Grund; denn die Kernenergie ist sicherheitstechnisch nicht verantwortbar. Leider haben wir dies durch die Katastrophe in Japan erneut erkennen müssen. Und schon wieder gibt es diesbezüglich Zweifler. Das ist erschreckend.*

Im folgenden legte Göbl die Gründe dar, warum die SPD an der Abschaltung von Isar 1 festhalten will und dafür plädiert, die Laufzeitverlängerung von Isar 2 zurückzunehmen - so

wie das im Atomkonsens der rot-grünen Bundesregierung mit der Energiewirtschaft vereinbart worden ist.

*Atomstrom ist nicht billig. Die staatlichen Subventionen dafür belaufen sich nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in den 50 Jahren bis zum Jahr 2006 auf 54 Milliarden Euro. Und trotz ungehinderter Kernkraftnutzung wurde in den letzten Jahren der Strom für die Verbraucher laufend teurer.*

- *Dagegen ist der Atomstrom eine Goldgrube für die Konzerne. Ein abgeschriebener Meiler bringt pro Tag ein Million Euro in die Kasse.*
- *Die Endlagerfrage ist weitgehend ungenutzt. Niemand weiß, was mit dem Zwischenlager in Ohu passieren soll.*
- *Kernenergie ist die gefährlichste aller Energiequellen. Alte Siedewasserreaktoren vom Typ Isar 1 sind noch nicht einmal gegen den Aufprall eines Airbus A 320 geschützt. Und dies in der Einflugschneise des Luftdrehkreuzes MUC.*

Zur Überraschung vieler zauberte der CSU-Fraktionssprecher Hans Bauer zum vorliegenden Antrag einen Änderungsantrag aus dem Hut, mit dem er das Thema wieder in eine Warteschleife schicken wollte. Aus diesem Grund war eine „Kampfabstimmung“ erforderlich. In allen Fällen war die SPD-Fraktion auf der Seite der Gewinner.

#### **Anmerkung der Redaktion:**

***Kaum ein Beschluss der schwarz-gelben Koalition hat sich im nachhinein als so falsch herausgestellt, wie die Verlängerung der Laufzeiten für alte AKW's. Der rot-grüne Ausstiegsbeschluss war durchdacht, zukunftsweisend und mit den Energiekonzernen im Konsens ausgehandelt.***

***Sind die schwarz-gelben „Ausstiegsbeschleuniger“ glaubhaft? Wenn nicht: Abwählen. (sh)***

**Die SPD Fraktion im Marktgemeinderat trauert  
um ihr langjähriges Mitglied**

**Hans Schnabl**

**\*30.05.1949 + 07.05.2011**

**Der Verstorbene war von 1. Mai 1990 bis  
30.04.2002 Mitglied unserer Fraktion**

**Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken  
bewahren**

**Franziska Gruber-Schmid  
SPD Fraktionsvorsitzende**



## SPD Schafkopfturnier

Samstag, 12. November 2011

um 14:00 Uhr

im **Gasthaus Gerl**,  
Friedhofstrasse 41

unter der Schirmherrschaft von  
**2. Bürgermeister Sebastian Hutzenthaler**

Anmeldungen bis spätestens Donnerstag, 10. Nov. 2011 bei Manfred Kellermann, Tel.: 08771 - 2777 oder E-Mail: Manfred\_Kellermann@t-online.de ;

Bitte rechtzeitig anmelden, da Teilnahmemöglichkeiten begrenzt

Spieleinsatz: 7,50 € - die drei Erstplatzierten erhalten Geldpreise, weiter erhalten alle SpielerInnen Sachpreise

### Redaktionsteam:

*Franziska Gruber-Schmid (gs)*  
*Sebastian Hutzenthaler (sh)*  
*Manfred Kellermann (mk)*  
*Bruno Mieslinger (bm)*  
*Bernhard Ruppik (br)*  
*Peter Schmid (ps)*

*Satz: Peter Schmid*

*Druck: Franz Sedlmeier, Neufahrn*

*Organisation: Michael Forster*

*V.i.S.d.P: Franziska Gruber-Schmid*



## SPD Sommerfest

Samstag, den 02. Juli 2011

um 15:00 Uhr

Die Veranstaltung findet wieder im Hof des **Getränkemarktes Schwimmer-Knott** statt.

Wir freuen uns darauf, Sie wieder zu einem entspannten und vergnüglichen Nachmittag begrüßen zu dürfen.

Wir verwöhnen Sie mit Kaffee und Kuchen, Spezialitäten vom Grill, alkoholischen und nichtalkoholischen Getränken. In diesem Jahr verlosen wir wieder **2 Berlinfahrten**, gestiftet von Angelika Graf, SPD Bundestagsabgeordnete aus Rosenheim.

Musikalisch umrahmt wird das Fest von Rudi Simmerl & Band.



### Neue SPD Homepage

Der Ortsverein hat eine neue Homepage im Internet.

<http://www.spd-markt-ergoldsbach.de>

Aktuelle Nachrichten  
Vorstand  
Termine  
Veranstaltungen  
Link zum Landkreis  
Link zum Unterbezirk